

Volks-Zeitung

Verleger: Otto Kuntze, Berlin-Stettin

Prof. 900, Markenzeil 1750, Wasser abm. 350, Milch 1 Liter, 950, 20-Mark-Stück, 85000, Zucker 1 Tonne, 1000-1100, Geldzettel, 52300, Briefe (Zr. 6380), Koks 11540, Schlüsselschlüssel für Bücher, 2500, Strom: Licht und Kraft, 1080, Index für Aerzte, Berlin, 2500, Gas abm., 650, für Aerzte im Reich, 2827

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen etwas knapp, Preise wenig verändert. Schellfisch 1200-1500 M., Kablau 1200 bis 1800 M., Seezachs 1000-1200 M., Dorsch 800-1000 M., Rotbars 1200-1500 M., grüne Heringe 750-1000 M., fr. Heringe 1000 bis 2800 M., Zander 3400-4000 M., Schleie 2800-3400 M., Aale 5500-6000 M., Karpfen 2400-2800 M., Biene 900-2000 M., Plötzen 700-1000 M., lebend: Hechte 3200-3800 M., Schleie 4000-4800 M., Schweineschmalz 500-600 M., Margar. 3600-4500 M. d.Frd.

Druck und Verlag: Rudolf Hoffe, Berlin

Stroßenbahn 300, Umsteig. 450, Hochb. II, 250, 300, III, 200, 250, Stadtbahn, II, 400, III, 200, Omnibus Teil 300, ganze Str. 400, Droschke: Kr. x 3000, Pl. x 2000, Telegr. 80 d. W., Grundgeb. 150 n. Ausland je nach Währung

Frankreichs „Vorbedingungen“

Anerkennung der Ruhrgebieträumung in Etappen und Abbau des passiven Widerstandes — „Anerkennung der Fortsetzung der Ruhrpolitik“ — Die „Siegessicherheit“ Frankreichs — Die deutschen Garantien „ungenügend“

London, 30. April. (E. G.)

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ in Paris ist von einer der „höchsten Autoritäten der französischen Politik“ zur Veröffentlichung folgender Erklärung ermächtigt: Frankreich beharrt absolut auf seinem Entschluß, in Verbindung mit Belgien die Ruhrpolitik fortzusetzen. Frankreich und Belgien werden das Ruhrgebiet abschnittsweise verlassen, je nachdem Deutschland Reparationszahlungen leistet. Frankreich lehnt es ab, irgendein deutsches Reparationsangebot zu erörtern, wenn nicht der Grundlag der etappenweisen Räumung des Ruhrgebietes anerkannt wird und wenn nicht jedem Reparationsangebot eine öffentliche Zurückziehung der Reparationsforderungen der Reichsregierung vorausgeht, die Deutschland seit dem 12. Januar erlassen hat, um die Absichten Frankreichs und Belgiens im Ruhrgebiet zum Scheitern zu bringen.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ schreibt ferner, der Beschluß der französischen Regierung, die Zurückziehung dieser Reparationsforderungen zu verlangen, die auf die Entstellung des passiven Widerstandes abzielen, sei in der letzten Sitzung des französischen Kabinetts neuerdings bekräftigt worden, vielleicht infolge des Besuchs Louis Loucheurs in London. Sei doch der Eindruck vorherrschend gewesen, als ob es der französischen Regierung gelte, ihre energische Ruhrpolitik aufzugeben. Aber solche Annahmen seien durchaus unbegründet. Frankreich beharre unerschütterlich auf seiner bisherigen Politik.

Eine „besonders gut informierte Persönlichkeit“ erklärte dem genannten Korrespondenten, Frankreich habe im Ruhrgebiet Erfolg, weil es genügend Kohle und Koks abtransportieren könne. Frankreich sei überzeugt, daß es in dem Konflikt gewinnen werde. Es könne nur hoffen, daß Deutschland nicht zu rasch nachgibt; denn man müsse unbedingt darauf dringen, daß Deutschland sich als gescheitert bekenne und dies offen eingestehen. Solche Maßnahmen und Kompromisse könnten nicht zugelassen werden. Das französische Programm sei öffentlich bekannt gegeben, und davon werde nicht abgewichen werden.

Paris, 30. April. (E. G.)

Die „Chicago Tribune“ schreibt: Wenn sich die Zeitungsmitteilungen bezüglich der Garantien für die deutschen Reparationszahlungen bestätigen sollten, so würden diese dennoch von Frankreich abgelehnt werden. Von einer besonders gut informierten Persönlichkeit wurde einem Vertreter des amerikanischen Blattes erklärt:

„daß die Eisenbahnen und gewisse Steuererträge Deutschlands ungenügende Garantien wären. Denn die Eisenbahnen wiesen große Defizite auf, und die meisten Steuern würden von den Deutschen nicht bezahlt.“

Die Eisenbahnen könnten wohl eine gewisse Garantie militärischer und strategischer Art gewähren, doch würde solche nur wirksam sein, wenn große französische Truppenabteilungen die Eisenbahnlinien überwachten, die in der Nähe der Stationen Garnison nähmen, wie die Japaner es in Shanghai taten. Aber die Anwesenheit französischer Truppenabteilungen in ganz Deutschland würde eine schwere Gefahr bedeuten, und Zwischenfälle könnten sich immer wieder ereignen. Infolgedessen sei eine solche Garantie wertlos. Die Steuererträge als Garantien kämen ebenfalls nicht in Betracht, weil die Steuern ohne militärische Zwangsmittel nicht beigetrieben werden könnten.

Wohin würde Frankreich ferner auch die Forderung der Reichsregierung auf Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch eine internationale Sachverständigenkommission. Frankreich würde diese nur unter der Bedingung zulassen, daß sie sich auch mit der Frage der internationalen Schulden beschäftigte, insbesondere der Schulden gegenüber Amerika und der russischen Schulden an die Alliierten.

Frankreich würde ein ein- bis zweijähriges Moratorium gewähren, wenn alle anderen Fragen geregelt wären und wenn es ausreichende Garantien bekäme. An eine internationale Anleihe für Deutschland glaube man nicht, da die deutsche Dolanleihe seinen Erfolg gehabt habe.

Paris, 30. April. (E. G.)

General Kellei hat, wie „Petit Parisien“ mitteilt, gestern Paris verlassen, um nach Berlin auf seinen Posten als Vorkommandeur der internationalen militärischen Kontrollkommission zurückzuführen.

Lloyd George, der große Liberale

Eine Rede in Manchester — Für die liberale Einigung gegen Militarismus und Sozialismus

London, 30. April. (W. I. B.)

Lloyd George trat in einer Rede in Manchester erneut für die gesamte liberale Partei ein und legte das Programm dar, das sie befolgen müsse. Die erste große Pflicht des Liberalismus sei, die Drangsalen des Schmerzes zu befeuchten. Ein neuer Krieg werde die Zivilisation in Trümmern zerstören, aus denen sie nur in Jahrhunderten wieder herausfinden könne. Zwischen Kapitalismus und Arbeit müsse ein engeres Zusammenwirken bestehen. Die besondere Aufgabe des Liberalismus müsse sein, das zerrissene Reich immer härter zu machen, das einzige Reich, das für die Menschheit etwas auf das Spiel setze. Das britische Reich sei das einzige, das gewappnet für Recht und Freiheit einträte. Die Liberalen seien die nationale Leibwache der Freiheit. Lloyd George erklärte weiter, die liberale Partei müsse die Befreiung des Reiches anstreben. Er sagte: Wenn ein Kampf für den Freiheit anbelangt, so mühen wir uns jetzt über unsere Lage klar werden. Laßt uns drei Dinge tun: den Mac-Kenna-Tarif, die Pariser Resolutionen und das industrielle Schutzesystem. Die andere Gefahr drohe von beiden Seiten des Sozialismus und des Faschismus. Der Sozialismus werde die Arbeiterschaft zu seinem eigenen Nutzen verfluchen. Der Faschismus habe die Arbeiterschaft freigezogen, und es sei seine Aufgabe, die Freiheit der Arbeiter zu wahren. Lloyd George fragte: Hat man eine Revolution gesehen, bei der die Tyrannen der Mehrheit nicht ausmühen in die Tyrannen einer Junta, und die der Junta nicht in die eines Mannes? Der Liberalismus müsse Frieden auf Erden schaffen auf einer internationalen Grundlage des Rechts, der Gerechtigkeit und des Wohlfühlens.

Donar Low abgereist

Wohin geht die Fahrt?

London, 30. April. (W. I. B.)

Donar Low hat gestern vormittag Downing Street verlassen, um seine einmonatige Erholungsreise anzutreten. Er wird nach Peking zurückkehren. Laut „Daily Express“ wird Curzon als stellvertretender Premierminister während der Abwesenheit Donar Lows handeln.

Dem Oberverweser folgt noch nicht fest, wohin Donar Lows Reise gehen wird. Ein Regierungsanhänger habe ihm seine Damppflicht angeboten. Es werde angenommen, daß der Premierminister auf seiner Fahrt die kanarischen Inseln, Nordafrika, sowie die französische und italienische Riviera besuchen wird.

Poincaré will ein zweijähriges Budget

Er wird die Vertrauensfrage stellen

Paris, 30. April.

Nach dem „Echo de Paris“ genehmigt die Regierung im Hinblick auf den sich immer stärker geltend machenden Einfluß der bevorstehenden Kammerwahlen, sobald Kammer und Senat sich über das noch immer nicht erledigte Budget für 1923 verständigt hätten, sofort das Budget für 1924 einzubringen. Die Regierung sei schon jetzt entschlossen, die Abstimmung über ein zweijähriges Budget 1923/24 mit der Stellung der Vertrauensfrage zu verknüpfen.

Die Schwierigkeiten in Lausanne

Vor der Unterzeichnung des Vertrages

Paris, 30. April. (E. G.)

Die Konferenz, die General Peltet, der aus Lausanne kommend, vor bekanntlich der Führer der französischen Delegation auf der Friedenskonferenz ist, gestern hier in Paris mit Poincaré und Millerand hatte, war von besonderer Bedeutung durch den Beschluß, die französischen Streitkräfte in Syrien, infolge der Truppenanordnungen der Kommanden an der britischen Grenze um zwei Divisionen zu verhäfen. General Peltet hat im übrigen über die Schwierigkeiten berichtet, die sich auf der Friedenskonferenz ergeben haben. Die Pariser Meldung über eine geplante Entsendung zweier neuer französischer Divisionen Kolonialtruppen nach Syrien und die beständige Polemik gegen eine angebliche türkische Truppenkonzentration rief bei der türkischen Delegation in Lausanne scharfen Widerspruch hervor.

London, 30. April. (E. G.)

Ein Vertreter des Admirals Chester wird nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ in Angola eintriften, um den Verhandlungen über das Gesselte Abkommen den Austausch der Unterschriften vorzunehmen.

Schnelldienst

Zum Reichsarbeitsministerium haben heute Verhandlungen über die von den Bergarbeitern geforderte Lohnerhöhung begonnen.

Bonar Low hat seine Erholungsreise angetreten.

Lord Curzon wird Bonar Low während seiner Abwesenheit vertreten.

Bei den Bolschewiki-Konferenzen sind die Kantonssozialisten die Bürgerlichen.

Die Metallarbeiter von Etienne verlangen Erhöhen der Einkommensteuer und eine Lohnerhöhung von 20 Prozent.

Morgen beginnt in Bern die internationale Konferenz zur Revision des Eisenbahnfrachtenvertrages.

Die Sowjetregierung hat dem Japan offizielle Beschlüsse für ein Handelsabkommen erstatten.

Der saarländische Landestag hat die Vorlage der Regierungskommission, den französischen Franzosen als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet einzulassen, abgelehnt.

Gestern haben die Pariser Lamentenwahlen in Spanien stattgefunden.

Dollar: 29800

Zwischen Tür und Angel

Helferlich geht um

Was wird das deutsche Angebot bringen? Das ist die Frage, die augenblicklich in der Weltpresse mit großer Leidenschaftlichkeit erörtert wird. Auch in denjenigen Organen von internationaler Bedeutung, die die französische Gewaltpolitik scharf bekämpfen, betont man, daß im Augenblick die Entscheidung bei Deutschland läge, und ein Angebot der deutschen Regierung, das eine passable Diskussionsgrundlage bilde, geeignet sei, den Pariser Desperados das Schwert aus der Hand zu schlagern. Vor einer Woche hat der Abg. Stresemann in einer Rede erklärt, und wir haben das damals unterstrichen, daß es bei einer so folgenreichen Entscheidung nicht mehr darauf ankommen könne, um ein paar Milliarden zu feilschen. Wenn es gelingt, die okkupierten Gebiete zu befreien und Deutschland vor der Zerstückelung zu retten, dann darf das nicht an der Höhe des Preises scheitern.

Die deutsche Regierung arbeitet seit Tagen an der Fertigstellung des Angebotes. Arbeiter etwas zu lange, wie es heute selbst wohlwollende Beurteiler im Auslande aussprechen. Gewiß, es sind viele Schwierigkeiten zu überwinden, es ist jedes Wort des endgültigen Textes zu erwägen, jede einzelne Ziffer wird Gegenstand aufreißender Auseinandersetzungen mit Vertretern von Politik und Wirtschaft. Das alles ist natürlich in Rechnung zu stellen. Dennoch sollte die Regierung mehr Schwungkraft, mehr Entschlußfähigkeit zeigen. Schnelles Handeln ist nicht. Konstante Taktik läßt Mittrauen aufkommen, und die böse Stehweis, mit der Deutschland immer dann beobachtet wird, wenn zum Gelingen Vertrauen notwendig wäre, wird von neuem sich zeigen.

Angewiesene wollen die Gerichte nicht bestimmen, daß gewisse Elemente, denen es am liebsten wäre, den gegenwärtigen Konflikt ins Ungeheuer zu verlängern, unermüdlich tätig sind, den Reichsfinanzler zu beeinträchtigen. Ganz besonders wird in diesem Zusammenhang der Name des Herrn Helferlich genannt, der, was Schatzamt anbelangt, allerdings schon längst sein Geistesleben gelöst hat, und um den Befähigungs-nachweis deshalb eigentlich nicht verlegen sein braucht.

Die Situation ist die folgende: Die ganze Welt erwartet von Deutschland ein Angebot, das dessen Willen zeigt, dem durchgehenden Streitfall ein Ende zu bereiten. In Deutschland das letzte Wort zu sprechen haben wird, mag dahingestellt bleiben. Aber in dieser Stunde hat es alle in das Wort, und alles schweigt. Deshalb darf das deutsche Angebot nicht häßlichen Einwürfen Raum geben; es muß durch völlige Durchsichtigkeit vor dem Dünem der Zweideutigkeit bewahrt sein; es muß die ethische Pflicht durchdringen lassen, diesmal ganze Arbeit zu leisten. Und in seinen Garantien müssen Angaben und seine Redensarten stehen.

Es gibt auch in Frankreich genügend prominente Politiker, die eine vernünftige Liebererkenntnis einer verdrückten Gewaltpolitik vorziehen. Knüpft sich an die deutsche Note der Ruf des Augenwunders, erscheint sie in einem trügerischen Lichte, so sind sie isoliert und Poincarés Kalkül triumphiert. Und was England anbetrifft, so hat Lord Curzon's Rede keinen Zweifel darüber gelassen, daß England in diesem Falle aufhört, ehrlicher Mäxler zu sein und Partei wird.

Wir stehen zwischen Tür und Angel. Die Verantwortung für die Regierung, für uns alle, ist ungeheuerlich. Sollte Herr Helferlich, der Katastrophopolitiker par excellence, mit gewohnter Behendigkeit die Tür ins Schloß schnell lassen, — wer weiß, wann sie sich wieder öffnen wird.

Carl v. Ossietzky

Sölin, 29. April. (W. I. B.)

Der Abgeordnete Breitscheid sprach heute in einer sozialdemokratischen Parteiverammlung im Gürzenich über das Thema: „Deutschland und Frankreich“. Der als zweiter Redner angetretene französische Arbeiterführer Gumbach war gestern telegraphisch von hier nach Paris abgereisen worden. Breitscheid bezeichnete den Weg, den die Regierung Poincarés einschlägt, als ungenügend, um eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen, aber die Gegner dieser Po-